

Die Bekleidungsfrage und die Kriegswirtschaft der Textilindustrie.

Auf Einladung des Oesterreichischen Fachschriftstellerverbandes sprach am Dienstag abend im Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereines vor einem überaus zahlreich erschienenen Publikum Herr Arthur Kuffler, Präsident des Kriegsverbandes der Baumwollindustrie, über die Kriegswirtschaft der Textilindustrie und die Bekleidungsfrage. Der Vortragende verzeichnet zunächst ausführlich die Entwicklung der Kriegswirtschaft der Textilien: Bei Ausbruch des Krieges wurde der Bedarf der Militärverwaltung aus den Rohstoffvorräten gedeckt, später in der zweiten Hälfte des Jahres 1915, setzte die Verordnungstätigkeit der Regierung ein, und es galt, einem doppelten Mangel abzuhelfen: es mußte nicht nur der militärische Bedarf gedeckt, sondern es mußten auch andre Rohstoffe, die noch knapper geworden waren, durch die Baumwolle ersetzt werden. Dann erweiterte sich das Verbrauchsgebiet des Kriegsministeriums weit über den Friedensbedarf hinaus; die Schafwolle mußte durch Baumwolle gestreckt, Säde, Verbandmittel, Sprengmittel hergestellt werden, und so kam es, daß die Militärverwaltung die Waren dem Privatverbrauch immer mehr entziehen mußte. Im April 1916 wurde der Verkauf bestimmter Warensorten monopolisiert, das heißt, ein Auktorzwang wurde eingeführt; alle Produkte der Baumwollindustrie mußten der Baumwollzentrale zum Kauf angeboten werden.

Fast drei Jahre lang konnte die Zivilbevölkerung aus den Beständen an fertigen Waren mit Kleidungen ohne ernste Störungen versehen werden; das muß angesichts der an sich geringen Vorräte an Rohstoffen als ein Wunder bezeichnet werden! Erst als die Dauer des Krieges alle menschlichen Berechnungen übertraf, als der wachsende Bedarf des Kriegsministeriums und anderer öffentlicher Behörden dem Privatkonsum immer mehr Waren — jetzt auch die halbfertigen und fertigen — entziehen mußte, entstand ein Gegensatz zwischen der Versorgung des Kriegsbedarfes und der der Zivilbevölkerung, so daß wir heute tatsächlich von einer Bekleidungsnot sprechen müssen.

Man hat diese Not bereits voraussehen müssen, und schon im Juni 1917 hat die Baumwollzentrale in Verbindung mit der Wollzentrale versucht, die Regelung der Volksbekleidung in die Wege zu leiten. Es handelte sich darum, zunächst für die ärmsten Schichten die geeignete Ware zusammenzufinden, und es wurde von diesen beiden Zentralen die Abteilung für Volksbekleidung geschaffen, der ein vom Handelsministerium ernannter Beirat zur Seite stand. Das Hauptquantum der für den Massenkonsum geeigneten Waren hatte man bereits für den militärischen Bedarf in Anspruch genommen und es war daher für Volksbekleidung nicht verfügbar. Einen Ersatz hat die Papierwebindustrie, die in der letzten Zeit immer bessere Resultate erzielt hat, und man darf hoffen, daß der Kleidungsbedarf der Mindestbemittelten für 1918 auf diese Weise doch gedeckt werden kann.

Wesentlich ungünstiger als auf dem Gebiete der Bekleidung liegen die Verhältnisse in der Wäscheversorgung. Hier ist nicht einmal abzusehen, wie für die Militärverwaltung der volle Bedarf gedeckt werden soll, und für die Zivilbevölkerung ist so gut wie nichts vorhanden. Das Wäscheproblem ist tatsächlich das allerakutesterigste, und man muß damit rechnen, daß der Bedarf an neuer Wäsche nicht mehr zu decken ist. Aus diesem Grunde wendete sich der Vortragende gegen die „Wäscheansammlungen“, die der Bevölkerung ihre eigenen letzten Bestände, die sie nicht ergänzen kann, entziehen, für die Militärverwaltung aber von geringerer Bedeutung sind als im Besitze des einzelnen, der seine Bestände

bis zur letzten Möglichkeit ausnützen könnte und unter diesen Umständen sogar muß.

Der Vortragende besprach nun die neue Bekleidungsverordnung, die drei Arten von Bezugsscheinen (A, B und C) vorsieht. Diese Organisation muß den Gedanken wachrufen, daß es auf diese Bezugsscheine auch tatsächlich Kleidung gäbe, daß der durch die Bezugsscheine legitimierte Bedarf also durch Bestände gedeckt sei. Das ist eine Illusion. Für 50 Millionen Menschen haben wir tatsächlich nicht genügend Vorräte; der normale Zivilbedarf ist auf einen kleinen Teil der Bestände der Kleinhändler angewiesen, die 20 Prozent davon an Private abgeben dürfen, während der Rest beschlagnahmt ist. Es ist also Pflicht, mit den vorhandenen Beständen bis zum Ende des Krieges unbedingt das Auslangen zu finden. Der einzelne muß seine Vorräte bis aufs äußerste ausnützen, und es ist nicht unmöglich, daß der Staat sogar auf einen Teil dieser Bestände — wenn der Krieg noch länger dauert, als wir alle erwarten und hoffen — zurückgreifen muß. Die erste Pflicht besteht darin, für die Mindestbemittelten zu sorgen und ihnen den aller-nötigsten Schutz gegen die Kälte zu gewähren. Auch die mangelnde Leistungsfähigkeit gewisser Arbeiterkategorien, die auf Schwierigkeiten der Ernährung und der Bekleidung zurückzuführen ist, muß dadurch gehoben werden, daß diese Wünsche in erster Linie berücksichtigt werden. Den Mindestbemittelten wird man aber nicht mit Bezugsscheinen helfen können, sondern man wird ihnen die Waren sogar schenken müssen. Sonst hat die ganze Bekleidungsverordnung keinen Zweck, da nicht genug Ware für alle vorhanden ist. Neue kann nicht dazukommen.

Eine fast noch größere Sorge ist die Beschaffung von Nähzwirnen, um die vorhandenen Bestände an Kleidung wenigstens verwendbar zu halten; aber auch hier ist kaum eine Möglichkeit einer durchgreifenden Remedur. Um Preissteigerungen vorzubeugen, will das Handelsministerium die Verteilung von Nähzwirnen durch die Handelskammern organisieren. Die Mengen sind aber sehr gering und dürften der Zwirnnot kaum abhelfen. Dazu kommt, daß den Volksbekleidungsämtern, die Stoffe für die Volksbekleidung erhalten, auch der nötige Zwirn geliefert werden muß.

Das ist der wirkliche Stand der Verhältnisse, der alle Illusionen, die sich an die Bezugsscheinverordnung naturgemäß geknüpft haben, zerstören muß. In den letzten Worten ist allerdings eine Hoffnung aufgetaucht, da man in Italien größere Gebiete mit Textilindustrie besetzt hat, die vielleicht die Möglichkeit bieten, den allerdringendsten Bedarf an Nähzwirnen sicherzustellen.

Dem Vortrag folgte lebhafter Beifall der Anwesenden, unter welchen zu bemerken waren: Minister a. D. Dr. Baron Engel, Sektionschef Witting, Dr. Franz Mahr, vom ungarischen Handelsministerium, Ministerialrat Heinrich Hirt, Hofrat Doktor Karl Simeons, Ministerialrat v. Wimmer, Sektionsrat Dr. R. v. Biella, OMR. Doktor Chwojka, Kommerzialrat Otto Bedl, die kaiserlichen Räte Dr. Ahrens, Moriz Ballil, Siegmund Reiner, Alfred Schwarz, Moriz Rothberger, Direktor Dr. Karl Lechner, Hugo Gerngrosch, Präsident des Verbandes der Seidenwaren- und Spitzenhändler, und viele andre.